

91.3421

**Interpellation Zwygart**  
**Medikamentenwerbung am Fernsehen**  
**Médicaments.**  
**Publicité à la télévision**

*Wortlaut der Interpellation vom 12. Dezember 1991*

Das EVED hat in einer Anhörung zur Radio- und Fernsehverordnung die Freigabe der Werbung für rezeptfreie Medikamente in Radio und Fernsehen zur Diskussion gestellt.

Es steht fest, dass auch der Missbrauch rezeptfreier Medikamente Gesundheitsschäden verursachen kann. Ein Grossteil der rund 100 000 Medikamentenabhängigen missbraucht auch rezeptfreie Medikamente wie Schmerzmittel, Schlafmittel und Appetitzügler. Der Bundesrat wird gebeten, auf die folgenden Fragen Antwort zu geben:

1. Wie ist die aufgrund der zusätzlichen Werbung zu erwartende Konsumzunahme einzuschätzen?
2. Wie ist die Tatsache zu berücksichtigen, dass eine Konsumzunahme auch von rezeptfreien Medikamenten zu erhöhten Gesundheitsproblemen und zu einer Zunahme von Gesundheitsschäden und Medikamentenabhängigkeit führt?
3. Wie ist die Wirkung von Medikamentenreklame auf Kinder und Jugendliche zu beurteilen?
4. Besteht die Gefahr, dass durch die Fernsehwerbung für Medikamente der Eindruck verbreitet wird, der Zugriff zum nicht ärztlich verordneten Medikament stelle in vielen Fällen eine richtige Problemlösung dar?
5. Welche Erfahrungen haben Länder, die Medikamentenreklame in Radio und Fernsehen erlauben, mit dieser Werbefreiheit gemacht?

*Texte de l'interpellation du 12 décembre 1991*

Le DFTCE a, lors d'une audition portant sur l'ordonnance relative à la loi sur la radio et la télévision, soumis à la discussion la libéralisation de la publicité pour les médicaments délivrés sans ordonnance.

Chacun sait que la consommation abusive de ce type de médicaments peut aussi être dangereuse. D'ailleurs, une proportion importante des quelque 100 000 pharmacodépendants abuse également de médicaments délivrés sans ordonnance, tels les analgésiques, les somnifères et les anorexigènes. Le Conseil fédéral est prié de répondre aux questions suivantes:

1. Peut-on estimer l'augmentation de la consommation qu'entraînerait cette publicité supplémentaire?
2. Comment peut-on tenir compte du fait que la prise de médicaments délivrés sans ordonnance aggrave les problèmes de santé et favorise la pharmacodépendance?
3. Quel effet la publicité pour des médicaments a-t-elle sur les enfants et les adolescents?
4. Se pourrait-il que la publicité télévisée incite le téléspectateur à penser que le recours aux médicaments délivrés sans ordonnance et souvent une bonne solution?
5. Quelles sont les expériences faites dans les pays où ce type de publicité est autorisé?

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Bär, Bundi, Dormann, Dünki, Grendelmeier, Hafner Rudolf, Meier Hans, Meier Samuel, Seiler Hanspeter, Sieber, Steffen, Weder Hansjürg, Wiederkehr (13)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*  
 Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 6. Mai 1992*

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 6 mai 1992*

Das im Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) vom

21. Juni 1991 festgeschriebene Werbeverbot für Heilmittel wird in der Radio- und Fernsehverordnung (RTV) vom 16. März 1992 wie folgt präzisiert: «(Verboten ist) Werbung für Heilmittel, bei denen gemäss heilmittelrechtlichen Bestimmungen Publikumswerbung nicht zugelassen ist.» (Art. 14 Abs. 1 Bst. c). Diese Bestimmung ist seit Inkrafttreten von Gesetz und Verordnung am 1. April 1992 anwendbar und hat zur Folge, dass im Bereich der Publikumswerbung für Heilmittel Radio und Fernsehen nun gleich behandelt werden wie die Presse. Rezeptpflichtige sowie nur in Apotheken erhältliche Heilmittel dürfen öffentlich nicht beworben werden. Darüberhinaus gilt das Werbeverbot auch für alle übrigen Heilmittel, bei denen eine gesundheitsbeeinträchtigende Wirkung bei Missbrauch nicht ausgeschlossen werden kann.

Die Einhaltung dieser Bestimmungen wird von der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel (IKS) in Bern überprüft. Sie unterwirft sämtliche Publikums-Werbemittel einer Kontrolle. Diese Regelung entspricht dem Willen des Gesetzgebers: sie sorgt dafür, dass keine für die Volksgesundheit schädlichen Stoffe zum Gegenstand von öffentlich wirksamer Werbung gemacht werden können.

Die getroffene Regelung ist auch rechtlich naheliegend. Da die Gesetzgebungskompetenz im Bereich des Heilmittelwesens heute im wesentlichen von den Kantonen wahrgenommen wird, bietet es sich an, die Aufsicht über die Heilmittelwerbung weiterhin vollumfänglich dem Konkordat IKS anzuvertrauen. Eine Ungleichbehandlung der gedruckten Presse und der elektronischen Medien hätte überdies kaum gesundheitspolitisch, sondern in erster Linie wettbewerbspolitisch begründet werden können: eine strengere Regelung für Radio und Fernsehen hätte primär das entsprechende Werbeaufkommen der Printmedien geschützt.

Zu den einzelnen Fragen des Interpellanten nimmt der Bundesrat wie folgt Stellung:

1. Die vom Interpellanten hergestellte direkte Beziehung «Mehr Heilmittelwerbung = mehr Heilmittelkonsum» lässt sich in dieser Form wissenschaftlich nicht belegen, zumal das Konsumverhalten nicht allein durch die Werbung, sondern auch durch andere Faktoren (Fachberatung, Empfehlungen aus dem Bekanntenkreis usw.) beeinflusst wird.

Im Vergleich zum Gewicht der ärztlichen und pharmazeutischen Beratung sowie der Hinweise aus dem Familienkreis stuft eine 1986 im Rahmen des nationalen Forschungsprojekts Nr. 8 erstellte Studie den Einfluss der Pressewerbung auf den Medikamentenkonsum als relativ gering ein. Ungeachtet einer allfällig sekundären Verstärkung der Pressereklame durch die Rundfunkwerbung ist demnach mit einem signifikanten Anstieg des Medikamentenkonsums nicht zu rechnen. Innerhalb der Gruppe von Heilmitteln, für welche Publikumswerbung in allen Medien zulässig ist, sind jedoch Veränderungen der Marktanteile als Folge unterschiedlicher Werbestrategien nicht auszuschliessen.

2. Der Bundesrat ist sich der Gefahren bewusst, welche ein nicht angemessener Gebrauch von Heilmitteln in sich birgt. Besondere Bedeutung kommt deshalb der strengen Werbekontrolle seitens der IKS zu. Aus den eingangs aufgeführten Gründen und mit Blick auf die Praxis der IKS ist der Bundesrat jedoch der Ueberzeugung, dass die entsprechenden Bestimmungen in der Radio- und Fernsehverordnung dem Missbrauch von Heilmitteln nicht Vorschub leisten.

3. Die Radio- und Fernsehverordnung untersagt insbesondere «Werbung, die sich die natürliche Leichtgläubigkeit der Kinder oder den Mangel an Erfahrung bei Jugendlichen zunutze macht oder ihr Anhänglichkeitsgefühl missbraucht» (Art. 14 Abs. 1 Bst. e RTVV). Diese Bestimmung wird auch für die IKS ein verpflichtendes Kriterium zur Beurteilung von Werbeaussagen bilden und gewährleistet einen besonderen Schutz von Jugendlichen.

4. Ueber den besonderen Jugendschutz hinaus setzen RTVV wie auch das IKS-Regulativ über die Kontrolle der Heilmittel den möglichen Werbeaussagen über Heilmittel in Radio und Fernsehen enge Schranken. So verbietet die RTVV «unwahre, irreführende oder unlauterem Wettbewerb gleichkommende Werbung» sowie «unterschwellige Werbung» (Art. 14 Abs. 1 Bst. d, f). Irreführende und damit verbotene Werbung ist für die

IKS «Reklame, welche zu einem übermässigen oder missbräuchlichen Konsum von Heilmitteln verleiten kann» (Art. 7 Abs. 1 IKS-Regulativ). Verboten sind gemäss dieser Bestimmung unter anderem: Die Zusicherung unfehlbarer Wirkungen oder die Behauptung von Wirkungen, die nicht genügend belegt sind; das Aufzählen von Symptomen, die zu falschen Diagnosen verleiten könnten; die Berufung auf Zeugnisse und Empfehlungen, die von Laien oder den Sanitätsbehörden unbekanntem Medizinalpersonen stammen; der Gebrauch von Wendungen oder Abbildungen, die Angst erzeugen können. Diese Richtlinien werden von der IKS bereits seit Jahren bei der Beurteilung der Publikumswerbung in der Presse angewandt und bieten Gewähr, dass auch via Radio und Fernsehen keine unsachgemässe oder missbräuchliche Verwendung von Heilmitteln angeregt wird.

5. Wie bereits in der Antwort auf Frage 1 erwähnt, fehlen gesicherte Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Publikumswerbung für Heilmittel und dem Konsum der entsprechenden Produktkategorien. Vergleiche mit dem Ausland sind auch deshalb schwer möglich, weil in jedem Land unterschiedliche Bestimmungen gelten.

**Präsident:** Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt und beantragt Diskussion.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag auf Diskussion	offensichtliche Mehrheit
Dagegen	Minderheit

*Verschoben – Renvoyé*

92.3055

## **Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion Die globale Bedrohung durch die Atomenergie**

### **Interpellation du groupe socialiste Risques multiples inhérents à l'énergie nucléaire**

*Wortlaut der Interpellation vom 3. März 1992*

Die globale Bedrohung durch die Atomenergie wird heute in einer bisher noch nie dagewesenen Art sichtbar:

– Die Dispositive zur Verhinderung einer Weiterverbreitung von Atomwaffen zerfallen nach dem Zusammenbruch der UdSSR wie Kartenhäuser.

– Das Risiko eines Handels mit Atomwaffen, respektive mit Wissen zur Herstellung solcher Massenvernichtungsmittel ist beträchtlich angestiegen.

– Trotz seiner Mitgliedschaft beim Atomsperrvertrag ist es Irak gelungen, die Entwicklung von Atomwaffen weit voranzutreiben.

– Offensichtlich hat das Konzept «Atom for Peace» zur Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen versagt.

– Viele Atomreaktoren, besonders in Osteuropa und Asien, sind sicherheitsmässig in einem katastrophalen Zustand. Die Bilanz über die Folgen von AKW-Unfällen (nicht nur Tschernobyl) ist nach wie vor undurchsichtig und umstritten; insbesondere was die radiologischen Auswirkungen anbelangt, wird immer noch zu beschönigen versucht.

– Für die Förderung der Atomenergie gibt es eine internationale Organisation, nicht aber für die globale Unterstützung einer dauerhaften («sustainable») Energiewirtschaft.

Wir bitten den Bundesrat um Stellungnahme zu dieser neuen Entwicklung:

– Was hat er bisher im Bereich der internationalen Atompolitik unternommen, bilateral und multilateral? Welches Konzept liegt der Politik des Bundesrates dabei zu Grunde?

– Wie bewertet er die IAEA,

a. betreffend die Verharmlosung der Tschernobyl-Folgen;

b. bezüglich der ungenügenden Atomsperrvertragskontrollen zum Beispiel im Irak;

c. im Hinblick auf einen dringend nötigen Umbau der IAEA weg von unkritischen Förderungsprogrammen?

– Welche Politik strebt der Bundesrat an zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen, zur atomaren Abrüstung und zu einem verlässlicheren Kontrollregime im atomaren Bereich:

a. Was ist die Politik der Schweiz im Zusammenhang mit der bevorstehenden Erneuerung des Atomsperrvertrages?

b. Welche Anforderungen stellt der Bundesrat an ein neues globales Nonproliferationssystem?

– Wie beurteilt der Bundesrat die Möglichkeiten und Aussichten für gemeinsame Initiativen europäischer Staaten zur Verminderung der neuen atomwirtschaftlichen Bedrohung: im Rahmen von Europarat, KSZE-Mitgliedstaaten, OECD, EG, Efta, EWR oder Ad-hoc-Gruppen besonders interessierter Staaten?

*Texte de l'interpellation du 3 mars 1992*

Les risques multiples inhérents à l'énergie nucléaire sont plus que jamais manifestes:

– les dispositifs visant à empêcher la prolifération des armes nucléaires tombent, après l'écroulement de l'URSS, à la manière de châteaux de cartes;

– les risques provoqués par le commerce des armes nucléaires ou du savoir-faire nécessaire à la fabrication de ces moyens de destruction collective ont considérablement augmenté;

– bien qu'il ait signé le traité sur la non-prolifération des armes nucléaires, l'Irak a réussi à avancer assez loin dans la fabrication d'armes nucléaires;

– de toute évidence, le projet appelé «Atom for Peace» et visant à empêcher la prolifération des armes nucléaires a échoué;

– de nombreux réacteurs, notamment en Europe de l'Est et en Asie, sont dans un état lamentable et n'offrent plus aucune sécurité. Les bilans des accidents nucléaires (et pas seulement de celui de Tchernobyl!) présentent de nombreuses zones d'ombre et demeurent contestés, d'aucuns tentant aujourd'hui encore de masquer la réalité, notamment les effets de la radioactivité;

– il existe bien une agence internationale chargée d'accélérer l'utilisation pacifique de l'énergie nucléaire, mais rien pour assurer une politique durable («sustainable») et globale de l'énergie.

D'où nos questions au Conseil fédéral:

– Qu'a-t-il entrepris jusqu'à présent, au niveau bilatéral comme au niveau multilatéral, dans le domaine de la politique nucléaire internationale? Quelle idée est à la base de la politique qu'il mène dans ce secteur?

– Que pense-t-il de l'AIEA

a. qui minimise les conséquences de l'accident de Tchernobyl?

b. qui vérifie trop peu le respect, notamment par l'Irak, du traité sur la non-prolifération des armes nucléaires?

c. qui établit des programmes pas assez critiques de promotion de l'utilisation de l'énergie nucléaire et qui, dans la perspective de sa réorganisation, laquelle s'impose d'urgence, devrait cesser d'agir ainsi?

– Quelle politique entend-il mener pour empêcher la prolifération des armes nucléaires, pour accélérer le désarmement et pour mieux assurer le régime des contrôles effectués dans ce secteur?

a. Quelle politique la Suisse adoptera-t-elle lorsqu'il s'agira très prochainement de renouveler ledit traité?

b. Quelles conditions doit, aux yeux du Conseil fédéral, remplir un nouveau système global de non-prolifération des armes nucléaires?

– D'après le Conseil fédéral, les initiatives prises en commun

## **Interpellation Zwygart Medikamentenwerbung am Fernsehen**

## **Interpellation Zwygart Médicaments. Publicité à la télévision**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.3421
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.06.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1264-1265
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 344

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.